



NABU-Forderungen zum G7-Gipfel



Die Bundesrepublik Deutschland hat für das Jahr 2015 den Vorsitz der G7 übernommen. Anlässlich des G7-Gipfels im bayerischen Schloss Elmau im Juni 2015 fordert der NABU die Bundesregierung auf, sich bei der Bekämpfung der gegenwärtigen Herausforderungen auf globaler Ebene – wie Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Terrorismus – stärker am Prinzip der nachhaltigen Entwicklung zu orientieren und die Rolle als Vorsitz- und Gastgeberland intensiv zu nutzen. Nachfolgend hat der NABU seine Forderungen an die G7-Länder für die Themenfelder internationaler Klimaschutz, Meeresschutz und Ressourceneffizienz zusammengestellt. Die Lösung der hier aufgezeigten Probleme ist im Zusammenhang mit anderen auf dem G7-Gipfel behandelten Themen zu sehen; der NABU hat sich allerdings auf die G7-relevanten Themen beschränkt, die im Verband eigenständig bearbeitet werden.

Kontakt

NABU-Bundesverband

Dr. Eick von Ruschkowski
Fachbereichsleiter Naturschutz und
Umweltpolitik

Tel. +49 (0)30.284 984-1600
eick.vonruschkowski@NABU.de

Internationaler Klimaschutz

Das Jahr 2015 ist das Jahr der Entscheidungen im internationalen Klimaschutz an dessen Ende bei der 21. UN-Klimakonferenz in Paris ein ab 2020 weltweit geltendes Klimaschutzabkommen stehen muss. Bis dahin müssen alle Gelegenheiten genutzt werden, den Weg zu ebnen. In der Rolle der G7-Präsidentschaft muss Deutschland den Takt im internationalen Klimaschutz angeben und klare Impulse im Klimaschutz von den G7 einfordern.

Das kommende internationale Klimaschutzabkommen muss den Rahmen setzen, den Klimaerwärmung auf ein gerade noch erträgliches Maß von 2°C zu begrenzen. Durch eine klare Zielsetzung und der Formulierung der dringlichsten Maßnahmen werden darüber hinaus klare wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen. Um zu einem ambitionierten Abkommen zu gelangen, bei dem alle Staaten nach ihren Möglichkeiten Beiträge leisten, müssen die G7 ihrer Verantwortung nachkommen und Finanzierungszusagen machen.

Der NABU fordert die G7-Staaten daher auf,

- die Verankerung von langfristigen Zielen im Klimaschutzabkommen voranzutreiben. Die Erwärmung der Erdatmosphäre muss auf ein gerade noch verträgli-

ches Maß von 2°C begrenzt werden. Das geht nur, wenn langfristig kein CO₂ mehr in die Atmosphäre ausgestoßen wird. Um dies zu meistern, müssen Subventionen für fossile Energieträger abgebaut werden. Entwicklungsbanken dürfen keine Kohlekraftwerke und die dazugehörige Infrastruktur mehr finanzieren;

- **einen Mechanismus im Klimaschutzabkommen zu verankern, der eine Aufwärtsspirale der Klimaschutzambitionen sicherstellt.** Es ist absehbar, dass die Summe der nationalen Klimaschutzbeiträge nicht ausreichen wird, um den Klimawandel wirksam zu begrenzen. Es muss im Abkommen ein Mechanismus etabliert werden, der sicherstellt, dass die Klimaschutzambitionen nur gesteigert werden können. Um diesen Trend zu beschleunigen, sollten die Verpflichtungsperioden auf fünf Jahre verkürzt werden;
- **die nationalen Klimaschutzbeiträge einer Überprüfung und Bewertung zu unterziehen.** Die Bewertung der Beiträge hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Fairness ist notwendig, um eine Aufwärtsspirale der Klimaschutzambitionen in Gang zu setzen – nur so kann wirksamer Klimaschutz stattfinden;
- **die Ausfinanzierung des Green Climate Fund sicherzustellen.** Als wesentliche Geberländer sind die G7 in der Verantwortung, den Aufwuchspfad hin zu den zugesagten 100 Mrd. US-\$ sicherzustellen. Nur wenn es klare finanzielle Zusagen gibt, wird die Kompromissbereitschaft in den Schwellen- und Entwicklungsländern steigen, eigene, vergleich- und überprüfbare Verpflichtungen zu akzeptieren.

Meeresschutz

Überfischt, verschmutzt und ausgebeutet: die Weltmeere sind an ihrer Belastungsgrenze. Der angekündigte Aktionsplan beim diesjährigen G7-Gipfel unter der Präsidentschaft Deutschlands gegen die Vermüllung der Meere darf nur der Anfang einer globalen Meeresschutzinitiative sein. Denn nur gesunde Meere ermöglichen auch eine schonende und zukunftsfähige Nutzung mariner Ressourcen. Die vielfältigen Herausforderungen, einen wirkungsvollen Meeresschutz sicherzustellen, erfordert ein konzentriertes Herangehen seitens der Weltgemeinschaft und muss die nachfolgenden Schwerpunkte mit ambitionierten Zielen in den Fokus stellen.

Plastikmüll im Meer

10 Millionen Tonnen Müll gelangen Jahr für Jahr in die Weltmeere, eingetragen über Flüsse, Tourismus, Schifffahrt und Fischerei. Dreiviertel davon bestehen aus Plastik. An den tödlichen Folgen sterben bis zu einer Million Seevögel und 100.000 Wale, Delfine und Robben. Milliarden kleinste Mikroplastikpartikel fluten die marinen Nahrungsnetze, mit unkalkulierbaren Folgen auch für uns Menschen.

Tiefseebergbau

Die Erschließung mineralischer Ressourcen in der Tiefsee, Buntmetalle, Edelmetalle und seltene Erden, scheint unaufhaltbar. Dabei sind die potentiellen Folgen für die sensiblen Ökosysteme kaum abzuschätzen. Manganknollen, Kobaltkrusten oder Massivsulfide, die an Hydrothermalquellen entstehen, entwickelten sich über Jahrtausende. Ihre einzigartigen Lebensgemeinschaften drohen durch die Jagd nach den Schätzen der Tiefsee unwiederbringlich verloren zu gehen.

Schutz der Hohen See

Die Meeresgebiete jenseits der nationalen Rechtszuständigkeit gelten nach dem Internationalen Seerechtsübereinkommen als „gemeinsames Erbe der Menschheit“. Doch werden auch diese Gebiete intensiv genutzt, weitgehend losgelöst von jeglichen effektiven Kontrollen und Regulierungen. Sektorale Interessen und Zuständigkeiten verhindern heute den Schutz der marinen Artenvielfalt auf der Hohen See. Die CBD-

Vertragsstaaten haben 2012 in Nagoya vereinbart, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der Weltmeere unter Schutz zu stellen. Eigentlich sollte dieses Ziel bereits bis 2012 erfüllt sein. Ein weiteres Scheitern wäre unverantwortlich. Der Verlust der marinen Artenvielfalt schreitet unaufhaltsam voran.

Der NABU fordert die G7-Staaten daher auf,

- **konkrete Maßnahmen und deren Finanzierung zur Reduktion der Kunststoffeinträge in die Meere sicherzustellen.** Basis hierfür sind die Empfehlungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und die der regionalen Meereschutzübereinkommen. Dabei gilt es vorrangig, den Plastikverbrauch zu reduzieren und die Entwicklung ressourcenschonender Produkte sowie die Wiederverwertung von Kunststoffen zu stärken. Den Entwicklungsländern muss dabei vermehrt finanzielle und fachliche Unterstützung zukommen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte zudem auf nationaler Ebene sowie im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Pilotprojekte aufsetzen und finanzieren;
- **sich für ein sofortiges Tiefseebergbau-Moratorium aussprechen.** Dieses Moratorium sollte bis zur Verabschiedung eines verbindlichen internationalen Regelwerks für den Meeresbergbau unter dem Dach der Vereinten Nationen gelten. Der Erhalt der sensiblen Ökosysteme am Meeresboden muss auch beim Abbau mariner Rohstoffe sichergestellt werden. Anstatt weiter Abbaulizenzen zu vergeben, müssen mehr finanzielle Mittel für die Tiefseeforschung bereitgestellt werden;
- **sich für einen verbindlichen Schutz der Hohen See einzusetzen.** Die 70. UN-Vollversammlung soll daher Verhandlungen über eine Ergänzung des Seerechtsübereinkommens um ein verbindliches Abkommen zum Schutz der Hohen See aufnehmen. Es bedarf dabei neuer Impulse und größerer Anstrengungen biologisch und ökologisch bedeutsame Meeresgebiete zu identifizieren und effektiv unter Schutz zu stellen.

Ressourceneffizienz

Ressourceneffizienz, bei den G7 auch mit „Sustainable Materials Management“ bezeichnet, steht erstmalig auf der Agenda eines solchen Gipfels. Die Schonung der natürlichen Ressourcen, zu denen Rohstoffe genauso gehören wie saubere Luft oder die Leistungen der Ökosysteme, ist nur umsetzbar, wenn die Wirtschaft sich entsprechend neu ausrichtet. Die vorgesehene Verstärkung durch das „Aktionsbündnis Ressourceneffizienz“ kann ein erster Schritt sein. Es mutet etwas verwunderlich an, dass die sparsame Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere von Rohstoffen, komplett als zusätzliche Chance für Wirtschaftswachstum gesehen wird. Die Verknüpfung alter Wachstumsmodelle mit den Herausforderungen der Gegenwart deutet darauf hin, dass eine Veränderung der grundlegenden Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft nach wie vor nicht in dem Ernst diskutiert wird, wie es eigentlich erforderlich ist. Dazu gehören soziale Innovationen wie gemeinschaftlicher Konsum, genügsame Lebensstile genauso wie dauerhafte und verwertungsoptimierte Produkte sowie eine sozial gerechte und leichte Produktion, die auf absolute Transparenz in den Lieferketten setzt. Davon sind insbesondere die G7-Staaten hinsichtlich ihres Wirtschaftsmodells noch weit entfernt und allenfalls durch das besondere Engagement von einzelnen Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen Vorreiter.

Der NABU fordert die G7-Staaten daher auf,

- **den Rohstoffverbrauch pro Person um den Faktor 10 zu verringern.** Eine über die mögliche Steigerung der Rohstoffproduktivität hinaus wirkende absolute Absenkung des Rohstoffverbrauchs ist dringend notwendig. Angesichts des wachsenden weltweiten Konsums ist eine generationengerechte Verteilung und dauerhafte

Versorgung nicht möglich; die Situation verschlimmert sich, je die ohnehin schon belasteten Ökosysteme noch stärker kurzfristig übernutzt werden.

- **produzierende und in Verkehr Bringende Unternehmen zu verpflichten, ihre globalen Lieferketten offenzulegen, und zwar bis auf die Ebene der Rohstoffmine bzw. des Agrarraums.**

Impressum: © 2015, Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

Charitéstraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de.

Text: Dr. Eick von Ruschkowski, Dr. Benjamin Bongardt, Dr. Kim Detloff, Sebastian Scholz

Fotos: NABU/E. Neuling, 04/2013